

Ausschuss-Beratungen am 11. September 2019 in leichter Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 11. September von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.

TOP 1 (9.00 Uhr bis 9.30 Uhr): Vereinbarung über die Kinder- und Jugend-Hilfe

Die Vorlage der Landes-Regierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss diskutiert:

Es gibt ein Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz.
Dafür zuständig ist teilweise der Bund
und teilweise jedes Bundesland.

Man braucht einen Vertrag in dem steht,
wer für was zuständig ist.
Jetzt soll ein neuer Vertrag gemacht werden
zwischen dem Bund und dem Land Salzburg.
Den neuen Vertrag nennt man 15a-Vereinbarung.

In diesem Vertrag steht,
dass es in der Jugend-Fürsorge
den gleich guten Schutz geben soll wie vorher.

TOP 2 (9.30 Uhr bis 10.30 Uhr): Behinderten-Gesetz und Kinder- und Jugend-Hilfe-Gesetz

Die Vorlage der Landes-Regierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss diskutiert:

Wichtig ist die UN-Behindertenrechts-Konvention,
weil darin steht,
dass Menschen mit Behinderungen gleich-berechtigt leben sollen.

Die Landes-Regierung will
das Salzburger Behinderten-Gesetz
und das Kinder- und Jugend-Hilfe Gesetz ändern.
Zum Beispiel soll mehr über Selbst-Bestimmung im Gesetz stehen.
Zum Beispiel sollen im Gesetz manche Sätze anders geschrieben werden,
weil Menschen mit Behinderungen selbst-bestimmt leben
und überall dabei sein sollen.

Außerdem soll im Gesetz stehen,
dass Menschen,
die Pflege brauchen und in einer Einrichtung leben oder arbeiten,
die Pflege nicht aus ihrem Vermögen zahlen müssen.
Egal, ob sie behindert sind oder nicht.

TOP 3 (10.30 Uhr bis 11.30 Uhr): Förderung von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum

Der Bericht wird am Mittwoch
im Finanz-Überwachungs-Ausschuss diskutiert:

Kunst am Bau sind Werke von Künstlern,
die im öffentlichen Raum präsentiert werden.
Zum Beispiel:
bei Schulen oder bei Krankenhäusern.

Die Landes-Regierung macht jedes Jahr einen Bericht darüber,
für welche Projekte von Kunst am Bau
Geld ausgegeben wird.

TOP 4 (11.30 Uhr bis 12.30 Uhr): Vorsorge-Vollmachten

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss diskutiert:

Man kann in einem Vertrag bestimmen,
welche Person einen unterstützen soll,
wenn man später einmal nicht mehr selbst entscheiden kann.
Diesen Vertrag nennt man Vorsorge-Vollmacht.

Eine Vorsorge-Vollmacht macht man zum Beispiel
gemeinsam mit einem Notar aus.

Das kostet Geld.

Wenn jemand wenig Geld hat,
macht er oder sie vielleicht keine Vorsorge-Vollmacht.

Die ÖVP möchte,
dass viele Leute wissen,
dass man eine Vorsorge-Vollmacht machen kann.
Sie möchte außerdem,
dass die Bundes-Regierung dafür sorgt,
dass eine Person die Vorsorge-Vollmacht machen kann,
auch wenn die Person nicht so viel Geld hat.

TOP 5 (14.00 Uhr bis 15.00 Uhr): Arbeits- und Rahmen-Bedingungen der sozialen Arbeit und Pflege

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch im Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheits- Ausschuss diskutiert:

Das Land Salzburg muss dafür sorgen,
dass Menschen, die Pflege brauchen,
Pflege bekommen.

Das Land Salzburg macht mit sozialen Einrichtungen Verträge,
damit die sozialen Einrichtungen Personen anstellen,
die in der Pflege arbeiten.

Die SPÖ ist der Meinung,
dass die sozialen Einrichtungen
vom Land Salzburg zu wenig Geld für die Personen bekommen,
die in der Pflege arbeiten.

Die Einrichtungen müssen deshalb sparen
und können nicht genug Menschen
für die Pflege beschäftigen.

Die SPÖ möchte,
dass die Sozial-Einrichtungen mehr Geld bekommen.
Die sozialen Einrichtungen sollen mehr Geld bekommen
für die Löhne und Gehälter von den Menschen,
die in der Pflege arbeiten.

Deshalb soll der Kollektiv-Vertrag der Sozial-Wirtschaft Österreich
auch in Salzburg gelten.

Die SPÖ möchte außerdem,
dass die Sozial-Einrichtungen genug Geld bekommen,
damit sie nicht mehr Geld ausgeben müssen
als sie bekommen können.

TOP 6 (15.00 Uhr bis 16.00 Uhr):
Paritätischer Beirat im Landes-Medien-Zentrum,

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss diskutiert:

Das Landes-Medien-Zentrum ist zuständig
für Nachrichten aus dem Land Salzburg.
Das Landes-Medien-Zentrum soll über wichtige Nachrichten
aus dem Land Salzburg berichten.

Die FPÖ ist der Meinung,
dass das Landes-Medien-Zentrum nicht über alle gleich berichtet,
sondern Werbung dafür macht,
was die Mitglieder von der Landes-Regierung machen.

Die FPÖ möchte deshalb,
dass es für das Landes-Medien-Zentrum einen Beirat gibt,
der das überwacht.

In dem Beirat soll von jeder Partei 1 Person sein,
damit er ausgewogen ist.

TOP 7 (16.00 Uhr bis 16.30 Uhr): Kennzeichnungs-Pflicht für Eier

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheits- Ausschuss diskutiert.

Die meisten Eier,
die in Österreich gegessen werden,
kommen aus Österreich.

Die Hühner, die die Eier legen,
sollen in Österreich so leben,
dass es ihnen gut geht.

Die GRÜNEN sind der Meinung,
dass es den Hühnern in anderen Ländern
vielleicht nicht so gut geht.

Vielleicht weil die Hühner in zu engen Käfigen leben müssen.

Die Grünen möchten,
dass die Menschen wissen,
aus welchen Ländern die Eier kommen,
die sie essen.

Es soll deshalb auf der Verpackung stehen,
aus welchem Land die Eier kommen.

Außerdem soll das Land Salzburg in den Küchen,
die dem Land Salzburg gehören,
nur mit Eiern aus Österreich kochen.

TOP 8 (16.00 Uhr bis 17.00 Uhr): Klima-Budget vom Land Salzburg

Der Antrag der NEOS wird am Mittwoch
im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen diskutiert:

Die Stadt Oslo in Norwegen will,
dass in den nächsten 10 Jahren
fast alle Abgase weniger werden.
Weil die Abgase das Klima schädigen.

Die Stadt Oslo macht deshalb einen Plan,
in dem steht,
wie viele Abgase es jedes Jahr geben wird.
In dem Plan zählt die Stadt Oslo die Abgase genauso,
wie man Geld zählen kann.
Das nennt man Klima-Budget.

NEOS ist der Meinung,
dass man in Salzburg auch ein Klima-Budget machen soll.
Zum Beispiel
soll man bei jedem neuen großen Bau ausrechnen,
wie sich der Bau auf das Klima auswirkt.

NEOS möchte,
dass die Landes-Regierung prüfen soll,
ob man in Salzburg auch ein Klima-Budget machen kann.
Außerdem soll die Bundes-Regierung prüfen,
ob man in ganz Österreich ein Klima-Budget machen kann.

Wörterbuch

Beirat

Ein Beirat ist eine Gruppe von Personen, die über etwas berät oder etwas überwacht.

Budget

Das Budget (sprich: Büd-Scheh) ist ein Gesamt-Plan, den man von allen Einnahmen und Ausgaben macht, die man erwartet.

Bund

Der Bund ist die Abkürzung für Bundes-Verwaltung. Es bedeutet, dass ganz Österreich betroffen ist. Es sind nicht nur einzelne Bundesländer betroffen wie zum Beispiel Salzburg.

Klima:

Klima ist ein Wort für das Wetter, das es an einem Ort in vielen Jahren gibt.

Kollektiv-Verträge

Kollektiv-Verträge sind Arbeits-Verträge, die es für bestimmte Gruppen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gibt. Die gelten dann in ganz Österreich.

Kunst am Bau

Das sind Werke von Künstlern, die im öffentlichen Raum präsentiert werden. Zum Beispiel: Bei Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen.

Paritätisch

Meint ausgewogen, zu gleichen Teilen

Paritätischer Beirat

Eine Gruppe, die sich aus gleichen Teilen zusammensetzt.
Zum Beispiel: 1 Person von jeder Partei.

Sozial-Wirtschaft Österreich

Das ist eine Vereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozial-Berufe.

UN-Behinderten-Rechts-Konvention

Staats-Vertrag über die Rechte von Menschen mit Behinderung.